



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 05. Mai 2009

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Claudia Spruch (CDU)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn: 17:05 Uhr	Ende: 18:50 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. ./.

(Drucksachenband ./.)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0029 Tagesordnung

Einstimmig

0030 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 03.02.09 und 17.03.09

Die Niederschriften über die Sitzungen 03.02. und 17.03.2009 werden genehmigt.

Einstimmig

0031 09-A-21-0003

Wahl des/der Vorsitzenden

Als Nachfolger von Vors. Spruch wird durch Handaufheben Stv. Spallek öffentlich gewählt. Vors. Spruch behält ihr Amt während der heutigen Sitzung und gibt den Vorsitz ab 06.05.2009 an Stv. Spallek ab.

Enth. Linke Liste

0032 08-V-33-0007

Projekt MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden

Zu dieser Sitzungsvorlage, die bereits Anfang 2009 durch die Gremien beschlossen wurde, halten Frau Erdem und Herr Meyer eine Präsentation, die den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

Es wird im Einzelnen davon berichtet, dass Hauptaufgabe die Akquise von ehrenamtlich Tätigen ist. Hauptaufgabe der Ehrenamtlichen ist die muslimische Seelsorge in besonderen Lebenssituationen (Krankenhaus, JVA). Das Projekt ist zurzeit noch bei der LHW angesiedelt, soll aber langfristig aus deren Obhut entlassen werden.

Das Angebot wird sehr gut angenommen, wobei es bei den christlichen Kirchen auch Vorbehalte gab. Nach einigen Gesprächen waren aber die Bedenken ausgeräumt. Es gibt zudem Kontakte zu DITIP, die das Projekt ebenfalls akzeptieren.

Altersheime werden im Moment noch nicht abgedeckt. Aber im Moment sind weder der Finanz- noch der personelle Rahmen für die bereits angelaufenen Bereiche auf Dauer gesichert. Für die

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

kommenden Haushaltsplanberatungen wird das Integrationsdezernat 150.000 € beantragen. Dies geschieht aber nur vorsorglich, da eigentlich Mittel aus dem europäischen Fonds fließen sollen (75 %).

Die Schulungen der ehrenamtlich Tätigen umfasst 122 Std. Mit 10 Einsätzen pro Ehrenamtlichem wird im Moment gerechnet, wobei noch keine festen Erfahrungswerte vorliegen.

Wiesbaden betritt mit diesem Projekt wieder einmal Neuland.

Dem Projekt noch weitere Aufgaben zuzuordnen (z.B. Drogenberatung möglichst muttersprachlich) steht das Integrationsdezernat kritisch gegenüber, da man das Projekt nicht überfordern dürfe. Hier wären auch andere Organisationen gefragt.

Der Ausschuss erwartet einen weiteren Erfahrungsbericht nach ca. 12 Monaten.

Einstimmig

0033 09-F-01-0041

Amtliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 28.04.2009 -

Stv. Manjura begründet den Antrag.

Herr Berg, Vertreter des Ausländerbeirats, unterstützt den Antrag ebenfalls.

Die CDU-Fraktion schließt sich dem Antrag an.

Einstimmig

0034 09-F-01-0043

Mobiles Bürgerbüro
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 28.04.2009 -

Stv. Schickel begründet den Prüfantrag.

Stv. Spallek wirft ein, dass man sich dem Prüfauftrag anschließe, aber Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Antrages bei der jetzigen Personaldecke sehe.

Stadträtin Zeimetz weist darauf hin, dass ihr Dezernat noch einen weiteren Prüfauftrag mit ähnlichem Inhalt zu erledigen habe (Starke Stadt für Studis und Azubis). In der kommenden Woche seien Gespräche mit allen beteiligten Dezernaten terminiert. Sie schlägt vor, auf der Grundlage dieser Gespräche im Ausschuss zu berichten.

Herr Berg, Seniorenbeirat, erklärt, dass sich der Seniorenbeirat auch mit diesem Thema beschäftigt habe. Man habe sich z. B. in der Stadt Taunusstein nach den dortigen Gepflogenheiten erkundigt. Dort

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

wird das Angebot nur spärlich genutzt, so dass man in Wiesbaden zunächst prüfen sollte, ob es überhaupt einen Bedarf für ein mobiles Bürgerbüro gebe.

Auf Nachfrage von Stv. Dumont du Voitel berichtet Herr Tischel, dass man in Ausnahmefällen schon Papiere zu Bürgerinnen nach Hause gefahren habe. Man würde dieses Handeln aber nicht gerne an die große Glocke hängen.

Einstimmig

0035 09-A-21-0001

Interkulturelle Woche 2009

Der vorgelegte Plakatentwurf wird eingehend diskutiert.

Der Ausschuss nimmt den Entwurf des Plakates zur Interkulturellen Woche 2009 zur Kenntnis und bittet den Magistrat, folgende Änderungswünsche bei der Plakatgestaltung umzusetzen:

- Das Logo/Motto (misch mit, mach mit) sollte möglichst weiter oben platziert werden.
- Der Aufdruck von Daten oder Programmpunkten sollte möglichst auf weißem Hintergrund und in einer größeren Schrift erfolgen.
- Das Plakat sollte mehrere Farben enthalten und nicht von den jetzt zu sehenden Rottönen dominiert werden.

Der Ausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung erneut mit der Interkulturellen Woche beschäftigen.

Einstimmig

0036 08-F-25-0131

Sprachprobleme bei Schulanfängern
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 27.10.2008 -

Zu dem gem. Antrag liegt ein schriftlicher Bericht vor, den der Ausschuss zur Kenntnis nimmt.

Stv. Spallek bedankt sich für den Bericht und findet, dass der Bericht alles positiver darstellt, als befürchtet wurde. Negativ sei ihm aber aufgefallen, dass das Erlernen einer Sprache auch über die Generationen nicht verbessert wurde. Er fragt nach, ob man gegensteuern könne.

Herr Burgmeier (Integrationsamt) weist auf die Zauberkiste hin, bei deren Einsatz man in den letzten Abstimmungsprozessen sei. Eltern bekämen Info-Material in Kitas. Es gäbe

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Elternbildungsveranstaltungen mit Lotsen, so seien z. B. 60 Vorleser/innen geschult worden. Diese werden Material in ihre Bereiche mitnehmen.

Stv. Bohrer fragt nach dem Jugendärztlichen Dienst, der auch zu verschiedenen Punkten geantwortet habe und möchte wissen, ob auch auf die Sprachheilbeauftragte hingewiesen werde.

Herr Burgmeier erklärt, dass diese in Erbenheim angesiedelt war. Es mache wenig Sinn, eine dezentrale Ansiedlung zu unterstützen. Alle Kitas seien über die Einrichtung informiert. Wenn geklärt sei, wo Probleme bestehen, wird das Angebot angenommen.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass man sich immer einig gewesen sei, dass Generationen mit Zuwanderungshintergrund ihre Zweisprachigkeit behalten sollten, aber die deutsche Sprache auf jeden Fall erlernen sollen. Er greift einen Einwurf aus der Diskussion um MUSE auf und bittet den Vertreter des Ausländerbeirates um Aufklärung darüber, dass dieser gemeint habe, dass Kinder Anweisungen, die sie auf Deutsch bekämen nicht umsetzen bzw. abschalten und auf Anweisungen in ihrer Muttersprache ganz anders reagieren würden.

Der Vertreter des Ausländerbeirates stellt klar, dass er davon ausgeht, dass Kinder Dinge in ihrer Landessprache auf emotionaler Ebene besser aufnehmen. Ein kurzer Hinweis z. B. in Türkisch habe mehr Effekt, als eine Anordnung in Deutsch. Er stellt aber klar, dass man beide Sprachen beherrschen müsse.

Einstimmig

0037 09-F-06-0019

Sachstand "Stadtteiljugendbeauftragte"
- Antrag der Linken Liste vom 24.04.2009 -

Stv. Bohrer begründet den Antrag.

Stv. Schickel findet das Anliegen berechtigt. In allen Stadtbezirken seien Stadtteiljugendbeauftragte „installiert“ worden, wobei dies in einigen Stadtbezirken eine Pflichtübung sei. Er sieht eine Verwandtschaft zum Thema „Bürgerhaushalt“. Man müsse die Einrichtung des Stadtteiljugendbeauftragten in den Stadtbezirken bekannter machen.

Stv. Spallek schlägt vor, den Antrag zu vertagen. Es handele sich um die Angelegenheit der Ortsbeiräte. Er wisse, dass sich Fr. Thiels auch mit dem Thema beschäftige. Man wolle kein einheitliches Konzept, sondern möchte es lieber den Ortsbeiräten überlassen, wie man die Einrichtungen umsetze.

Stv. Bohrer weist darauf hin, dass es nicht nur die alleinige Verantwortung der Ortsbeiräte sei, sondern die Gemeinden aufgefordert seien, geeignete Verfahren zu entwickeln, um die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen (§ 4 c HGO). Ob die Einrichtung von Stadtteiljugendbeauftragten dazu das geeignete Mittel sei, sei fraglich bzw. nicht ausreichend. So würde in Südost seit längerer Zeit jemand für diese Aufgabe gesucht, in Kloppenheim sei jemand genannt, der das Amt gar nicht mehr ausübt.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 05. Mai 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Müller ist ebenfalls dafür, den Antrag einen Sitzungszug zu schieben.

Stv. Dumont du Voitel berichtet, dass sie als Stadtteiljugendbeauftragte für Sonnenberg tätig sei. Nach ihrer Erfahrung kämen keine Jugendlichen in die Sitzungen des Ortsbeirates. Durch die vielen Vereine in Sonnenberg seien die Jugendlichen sehr gut eingebunden und wüssten sich auch zu helfen. Es könne aber in anderen Stadtbezirken anders sein.

Stv. Manjura weist auf die AG Partizipation hin, die sich auch mit den Stadtteiljugendbeauftragten beschäftige.

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag einen Sitzungszug zu schieben und zur nächsten Sitzung sowohl die AG Partizipation als auch Herrn Dr. Heimlich, der die Einrichtung des Jugendparlamentes betreut, einzuladen. Außerdem werden die Fraktionen gebeten, evtl. Ortsbeiräte in die nächste Ausschusssitzung einzuladen.

Einstimmig

0038 Verschiedenes

Stv. Schickel überreicht Vors. Spruch als Dank und zum Abschied zwei Bücher. Stv. Spallek schließt sich dem Dank an und überreicht Vors. Spruch eine Schachtel Pralinen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .05.2009

Vorsitzende

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spruch

Karipidou

Koba